Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1715**

15. Wahlperiode 15. 10. 2003

Antrag

der Abgeordneten Markus Löning, Ulrich Heinrich, Harald Leibrecht, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Andreas Pinkwart, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Westsaharakonflikt beilegen – UN-Friedensplan durchsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Situation Westsaharas ist seit Jahrzehnten politisch und völkerrechtlich umstritten. Seit 1991 herrscht zwischen der Freiheitsbewegung „Frente Polisario“ und den marokkanischen Streitkräften im Territorium Westsaharas ein fragiler Waffenstillstand. Aber die Situation ist instabil, die Region politisch und wirtschaftlich gelähmt, Zehntausende Flüchtlinge warten auf ihre Rückkehr.

Der Konflikt um die Westsahara wird sich nur mit Hilfe von außen lösen lassen. Die Menschen in Westsahara dürfen nicht nur deshalb von der Weltöffentlichkeit mit ihrem ungewissen Schicksal allein gelassen werden, weil sie sich im Gegensatz zu vielen anderen Völkern seit über zehn Jahren in ihrem Unabhängigkeitsstreben auf friedliche Mittel verlassen haben.

Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb das Bekenntnis des Weltsicherheitsrates in Resolution 1495 vom 31. Juli 2003, sich weiterhin nachdrücklich für eine politische Lösung des Konfliktes in der Westsahara einzusetzen. Der Sonderbeauftragte des UN Generalsekretärs James Baker hat den Konfliktparteien einen Vorschlag unterbreitet, der für das Territorium der Westsahara einen befristeten Autonomiestatus unter der politischen Hoheit Marokkos vorsieht. Nach Ablauf einer Frist von maximal fünf Jahren soll das seit 1991 geplante Referendum durchgeführt werden. Streitfälle um die Identifizierung von Personen, die an dem Referendum teilnehmen dürfen, sollen ausschließlich über die UN gelöst werden.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Notwendigkeit des im UN-Friedensplan vorgesehenen Referendums über die Zukunft der Westsahara. Die Abhaltung dieses bereits vor über einem Jahrzehnt erstmals terminierten Referendums darf nicht weiter am Streit über den Kreis der Teilnahmeberechtigten und an der Blockadehaltung der Beteiligten scheitern. Dabei geht es nicht nur um das Schicksal der Westsahara und der Region, sondern auch um die Glaubwürdigkeit der UNO und der Weltstaatengemeinschaft. Bisher haben die Frente Polisario und Algerien dem von James Baker vorgelegten Vorschlag zugestimmt. Marokko kritisiert den Vorschlag.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich im UN-Sicherheitsrat unverzüglich für eine Initiative zur Umsetzung der von James Baker vorgesehenen Lösung des Westsaharakonfliktes einzusetzen;
2. geeignete Initiativen zu ergreifen, um Marokko zu einer Zustimmung zum Baker-Plan zu bewegen;
3. auf unsere europäischen Partner einzuwirken, sich dieser Initiative anzuschließen und den Referendums- und Friedensprozess aktiv zu unterstützen;
4. zur Verwirklichung des Friedensplans im Bedarfsfall den Vereinten Nationen anzubieten, Militärbeobachter und Polizisten zu entsenden, sobald deutliche Schritte bei der Umsetzung des Friedensplans sichtbar sind;
5. dem UNHCR und dem Welternährungsprogramm einen sichtbaren Anteil an Hilfsmitteln zur Verfügung zu stellen, um bei der Überwindung der sich verschlechternden Ernährungslage in den Flüchtlingslagern zu helfen;
6. sich für ein Rückführungsprogramm für Flüchtlinge einzusetzen;
7. der Polisario verbindlich zuzusagen, dass nach Ablauf der vorgeschlagenen Fristen das Referendum tatsächlich stattfindet und sein Ergebnis so umgesetzt werden wird, wie die Identitäts-Findungskommission der UN das festgelegt hat.

Berlin, den 14. Oktober 2003

Markus Löning
Ulrich Heinrich
Harald Leibrecht
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Dr. Andreas Pinkwart
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 340, Telefax (02 21) 97 66 344
ISSN 0722-8333